

Sozialausschuss

Protokoll Nr. SOA/06/2006

über die öffentliche Sitzung am 13.06.2006,
Jugendtreff Hagen

Beginn : 19:30 Uhr
Ende : 20:55 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Frau Doris Brandt

Stadtverordnete

Herr Horst Aschmann

i.V.f. Bürgerl. Mitglied Kos-
zowsky-Thiel
i.V.f. StV Freund

Herr Rudolf Beyrich

Frau Annika Korts

Herr Jörn Schade

Herr Johan von Hülsen

Frau Petra Wilmer

Herr Gerald Wittkamp

Bürgerliche Mitglieder

Frau Nina Holers

Frau Gabriele Ruge

weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Herr Arne Kerlin

Kinder- und Jugendbeirat und
Jugendkulturinitiative 42

Sonstige, Gäste

Frau Susanne Freese

Leitstelle Älter werden (bis TOP
8, 20:25 Uhr)

Verwaltung

Herr Jan Hitzeroth

Herr Hanno Krause

Herr Frank Ropers

Frau Cornelia Heitmann

Leiter des Jugendtreffs Hagen
FBL III
FDL III.3
Protokollführerin

Es fehlen entschuldigt

Stadtverordnete

Herr Andreas Freund

Bürgerliche Mitglieder

Frau Manuela Kosczowsky-Thiel

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Einwohnerfragestunde
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Anträge zur Tagesordnung
4. Genehmigung des Protokolls Nr. 4/2006 vom 24.04.2006
5. Genehmigung des Protokolls Nr. 5/2006 vom 09.05.2006
6. Änderung der Überlassungsvereinbarung für das Jugendkulturzentrum 42 **2006/070**
7. Altenplanung **2006/061.1**
- Auftragsvergabe -
8. Sommerschule 2007 mit Jugendlichen aus den Partnerkommunen **2006/075**
9. Betriebskostenabrechnung 2005 der Ev.-luth. Kindertageseinrichtungen **2006/064**
10. Landesrechnungshofbericht
11. Verschiedenes
- 11.1. Stormarner Kindertage 2006
- 11.2. Ferientrubel
- 11.3. Kindertageseinrichtungen
- 11.4. Jugend und Handwerk
- 11.5. Beratungsstelle für Frauen und Mädchen (Best)

1 Einwohnerfragestunde

Eine Einwohnerin möchte wissen, wie die Senioren bei der Aufstellung eines Altenplanes beteiligt werden und ob der V. Altenbericht der Bundesrepublik Deutschland mit einfließt.

Die Verwaltung teilt mit, dass die Senioren durch den Seniorenbeirat beteiligt werden. Wer, wie und ob wird gemeinsam noch festgelegt werden. Selbstverständlich werden bekannte Publikationen berücksichtigt. Außerdem wird mitgeteilt, dass 42 % der Bevölkerung älter als 50 Jahre in Ahrensburg ist. 29 % der Ahrensburger Bevölkerung sind größer als 60 Jahre.

2 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Sozialausschuss ist beschlussfähig.

Frau Nina Holers wird durch die Vorsitzende des Sozialausschusses als neues Mitglied des Sozialausschusses begrüßt und per Handschlag auf die gewissenhafte Aufgabenerfüllung hingewiesen.

3 Anträge zur Tagesordnung

Es werden keine Anträge gestellt.

4 Genehmigung des Protokolls Nr. 4/2006 vom 24.04.2006

Das Protokoll ist genehmigt.

5 Genehmigung des Protokolls Nr. 5/2006 vom 09.05.2006

Das Protokoll ist genehmigt.

- monatliches Wischen der Veranstaltungsräume

Abstimmungsergebnis: einstimmig

5. Ziffer 9.7, letzter Spiegelstrich wird gestrichen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

6. Ziffer 11.7 wird wie folgt geändert:

Strafrechtlich relevante Tatbestände werden, sofern sie von der Juki festgestellt wurden, von dieser zur Anzeige gebracht. Die Stadt ist hierüber unverzüglich zu informieren.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Anschließend wird über den Beschlussvorschlag mit den vorgenannten Änderungen abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**7 Altenplanung
- Auftragsvergabe -**

2006/061.1

Die Verwaltung berichtet in kurzen Zügen die Vorlage. Des Weiteren gibt Frau Brandt zur Kenntnis, dass auf der Kuratoriumssitzung bekannt gegeben wurde, dass die Jahresrechnung 2005 vermutlich mit einer erhöhten Rückzahlung (statt 15.000 € ca. 23.000 €) zu erwarten ist. Anschließend wird über die Beschlussvorlage abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich dafür

**8 Sommerschule 2007 mit Jugendlichen aus den Partner- 2006/075
kommunen**

Die Verwaltung stellt die Vorlage in kurzen Zügen vor und verteilt einen geänderten Beschlussvorschlag, der wie folgt lautet: In den Sommerferien 2007 wird beim Jugendtreff Hagen eine Sommerschule mit Jugendlichen aus den Partnerstädten durchgeführt. Die Gesamtkosten von ca. 14.000 € werden in dem Haushalt 2007 berücksichtigt. Der städtische Zuschuss beträgt ca. 1.400 €. Zur Finanzierung der Maßnahme werden EU-Mittel (Aktion 1, Jugendbegegnungen) als auch ein Zuschuss der Sparkassenstiftung beantragt. Des wird festgehalten, dass der städtische Zuschuss in Höhe von 1.400 € nur dann zum Tragen kommt, wenn die Beantragung des Zuschusses der Sparkassenstiftung abgelehnt werden sollte. Des Weiteren wird mitgeteilt, dass diese Position im Haushalt in den Bereich der Städtepartnerschaft fällt.

Herr Kerlin teilt mit, dass gegebenenfalls die Räumlichkeiten des Jugendkulturzentrums 42 für ein Theaterprojekt genutzt werden könnte.

Anschließend wird über den vorgelegten Beschlussvorschlag abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

10 Landesrechnungshofbericht

Die Verwaltung teilt mit, dass der Finanzausschuss am 25.04.2006 die Angelegenheit „Festkostenzuschuss für Kindertagesstätten“ an den zuständigen Ausschuss verwiesen hat.

Im Landesrechnungshofbericht wurde angeregt, die zumeist Defizitbezu-
schussung für Kindertageseinrichtungen in eine Festbetragsfinanzierung ge-
gebenenfalls umzustellen. Die Verwaltung hat dazu in verschiedenen Vorla-
gen die Stellungnahmen abgegeben, welche in dem Hauptausschuss sowie
auch Stadtverordnetenversammlung zur Kenntnis genommen worden sind.
Frau Heitmann erläutert ausführlich, dass die Kindertageseinrichtungen, die
von einem Träger ohne steuerliches Aufkommen ihre Einnahmen nur erhöhen
können durch Überbelegung von Gruppen oder durch erhöhte Elterneinnah-
men. Bisher war es politisch in Ahrensburg nicht gewollt, dass verschiedene
Gebühren für Kindertageseinrichtungen in der Stadt Ahrensburg gelten sollen,
damit die Sorgeberechtigten nicht aufgrund einer geringeren Gebühr sich die
entsprechende Einrichtung aussuchen. Die Stadt Ahrensburg hat immer dar-
auf Wert gelegt, dass die Sorgeberechtigten sich nach den pädagogischen
Konzepten ausrichten können, das bedeutete eben diese einheitliche Gebüh-
renregelung, die es in Ahrensburg gibt und nach Ansicht der Verwaltung her-
vorragend funktioniert. Des Weiteren gibt es die gemeinsame Vereinbarung
mit den 5 großen Trägern, die besagt, dass auch die Gruppenstärke einheit-
lich festgelegt werden sollte. Die gemeinsame Vereinbarung beinhaltet weiter,
dass die Platzvergabe zentral in der Verwaltung vorgenommen wird. Sollte
dieses aufgegeben werden, bedeutet es, dass sich die Sorgeberechtigten in
jeder Einrichtung einzeln anmelden müssten. Das widerspricht einer Bürger-
freundlichkeit. Die Verwaltung bittet den Ausschuss, ob die Trägerschaftsver-
träge, gegebenenfalls auch die gemeinsame Vereinbarung mit den ausgeführ-
ten Konsequenzen gekündigt werden und Verhandlungen aufgenommen
werden sollen über eine Eigenbeteiligung des Trägers oder Festbetragsbezu-
schussung verhandelt werden soll.

Die Verwaltung macht ebenfalls deutlich, dass auch der Landesrechnungshof
zur direkten Einflussnahme auf die Wirtschaftsführung festgestellt hat, dass
durch die sorgfältige und vorbildliche Auseinandersetzung der zuständigen
Verwaltungsmitarbeiter mit den Abrechnungen und den Betreibern zurückzu-
führen ist, und dass die Stadt ihren begrenzten Steuerungsspielraum zurzeit
gut einsetzt.

Nach Darstellung der Konsequenzen dieser Anregung des Landesrech-
nungshofes stellt Herr Aschmann den Antrag, die Angelegenheit nochmals in
den Fraktionen beraten zu können.

Der Ausschuss ist sich darüber einig, diesen Tagesordnungspunkt auf einer
der nächsten Sitzungen zu beraten.

11 Verschiedenes

11.1 Stormarner Kindertage 2006

Auf Anregung des Deutschen Kinderschutzbundes werden vom 10. 23.09.2006 die Stormarner Kindertage mit lokalem Schwerpunkt in Ahrensburg durchgeführt. Am Sonnabend, den 23.09.2006 werden die Kindertage mit einem Kinderfest in der Ahrensburger Innenstadt ausklingen.

Herr Kerlin teilt mit, dass die Juki sich nicht an den Stormarner Kindertagen beteiligen, da dieses nicht die Zielgruppe trifft. Sollten für die Durchführungen Räumlichkeiten gesucht werden, bietet die Juki ihre Räumlichkeiten gerne an.

11.2 Ferientrudel

Die Verwaltung verteilt das neue Ferientrudelheft 2006.

11.3 Kindertageseinrichtungen

Herr Aschmann fragt, ob und warum 70 % Ermäßigung bei Aufnahme eines Krippenkindes beschlossen wurde und ob bei einer Krippenbetreuung Verpflegung angeboten wird, wenn ja, in welcher Höhe.

Die Verwaltung berichtet, dass die 70%ige Ermäßigung im ersten Aufnahme-monat eines Krippenkindes aufgrund der größeren Eingewöhnungszeit beschlossen wurde. Und das ebenfalls bei einer Ganztagskrippenbetreuung eine Verpflegung dazu gehöre. Die Kosten für eine Mittagsbetreuung kostet, wie im Elementar- oder Hortbereich, einheitlich 50 €. Im Krippenbereich wird die Zukunft allerdings zeigen, ob es gegebenenfalls auch Plätze ohne Verpflegung gibt, wenn die Sorgeberechtigten gegebenenfalls bei Kleinkindern ihre Verpflegung mitbringen.

11.4 Jugend und Handwerk

Frau Brandt berichtet, dass Herr Freitag von der Bürgerstiftung, die das Projekt Jugend und Handwerk durchführt, anbietet, an einem Dienstag in der Zeit von 14:00 bis 16:00 Uhr oder 16:00 bis 18:00 Uhr sich dieses Projekt einmal anzusehen. Herr Aschmann und Herr Beyrich würden dieses Angebot gerne am 4. Juli 2006 in der Zeit von 16:00 bis 18:00 Uhr annehmen. Frau Brandt kümmert sich um die Organisation.

Nachrichtlich:

Der Termin am 04.07.2006 findet nicht statt. Im August wird es einen neuen Termin geben.

11.5 Beratungsstelle für Frauen und Mädchen (Best)

Frau Brandt berichtet, dass Frau Böttger vom Verein „Best“ den Sozialausschuss gerne in die Räumlichkeiten in der Großen Straße 37 einladen würde. Aufgrund der Größe dieser Räumlichkeiten ist eine anschließende Tagung dort nicht möglich.

Der Ausschuss kommt überein, bei einem folgenden Erhöhungsantrag des Vereins „Best“ vor der Sitzung (19:00 Uhr) die Einrichtung zu besichtigen und anschließend am Besten im Rathaus weiter zu tagen. Herr Aschmann macht noch einmal deutlich, dass die Projekte dieses Vereins nicht mit anderen Institutionen (VHS, Peter-Rantzau-Haus etc) kollidieren sollte.

Herr Beyrich macht auch deutlich, dass bei Anmietung von größeren Räumlichkeiten zuvor doch geschaut werden sollte, wenn nur Seminarräume benötigt werden, diese bei anderen Institutionen auszunutzen.

gez. Doris Brandt
Vorsitz

gez. Cornelia Heitmann
Protokoll